

Wintersession 2018 Sessionsrückblick - 3. Woche



Bundesrat hat Departementsverteilung vorgenommen

Der Bundesrat hat am 10. Dezember 2018, in seiner neuen Zusammensetzung, die Verteilung der sieben Departemente vorgenommen und die Stellvertretungen geregelt.

Die Verteilung wurde im Kollegium wie folgt beschlossen:

- **Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA):**
Bundesrat Ignazio Cassis
Stellvertretung: Bundesrat Ueli Maurer
- **Eidgenössisches Departement des Innern (EDI)**
Bundespräsident Alain Berset
Stellvertretung: Bundesrat Ignazio Cassis
- **Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)**
Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Stellvertretung: Bundesrätin Simonetta Sommaruga
- **Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)**
Bundesrätin Viola Amherd
Stellvertretung: Bundesrat Guy Parmelin
- **Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)**
Bundesrat Ueli Maurer
Stellvertretung: Bundespräsident Alain Berset
- **Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)**
Bundesrat Guy Parmelin
Stellvertretung: Bundesrätin Karin Keller-Sutter
- **Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK)**
Bundesrätin Simonetta Sommaruga
Stellvertretung: Bundesrätin Viola Amherd

Vereidigungen

Zwei neue Mitglieder der SP-Fraktion im Nationalrat haben den Amtseid abgelegt. Es sind der Zürcher Daniel Frei und die Baselbieterin Samira Marti. Sie folgen auf Chantal Galladé (ZH) und Susanne Leutenegger Oberholzer (BL). Frei ist Geschäftsführer des Zweckverbandes Sozialdienste Bezirk Dielsdorf und wechselt aus dem Zürcher Kantonsrat in den Nationalrat. Marti ist Studentin und 24 Jahre alt. Sie ist die zurzeit jüngste Nationalrätin. Bisher hatte diese Rolle der Zürcher Fabian Molina (SP), der im März neu in den Nationalrat gekommen war.

CO2-Gesetz

Der Nationalrat will keine CO₂-Abgabe auf Flugtickets einführen. Das hat er am Montag bei den Beratungen zum CO₂-Gesetz beschlossen, mit 93 zu 88 Stimmen bei 8 Enthaltungen. Er folgte damit der Mehrheit seiner Kommission und dem Bundesrat. Gegen eine Abgabe hatten sich die SVP und die FDP gestellt, die CVP war gespalten.



Beim Strassenverkehr zeigte sich der Rat damit einverstanden, dass die Hersteller und Importeure fossiler Treibstoffe einen zunehmenden Anteil der CO₂-Emissionen aus dem Verkehr kompensieren müssen, und zwar teilweise im Inland. Er will aber den Kostenzuschlag auf dem Benzin bei 8 Rappen pro Liter deckeln. Wer seine Kompensationspflicht nicht erfüllt, soll dem Bund pro nicht kompensierte Tonne CO₂ einen Betrag von 160 Franken entrichten müssen. Der Bundesrat möchte den Betrag bei 320 Franken festsetzen.

Parlament will Kantonen freie Hand lassen bei Wahlverfahren

Das Parlament will den Kantonen freie Hand lassen beim Wahlverfahren für ihre Behörden. Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat dafür ausgesprochen. Das letzte Wort wird voraussichtlich das Volk haben. Die Änderung geht auf Standesinitiativen der Kantone Zug und Uri zurück. Ziel ist es, den Kantonen mehr Freiheit einzuräumen beim Verfahren zur Wahl ihrer Behörden. Das Bundesgericht hatte die Anforderungen ans Wahlsystem in den letzten Jahren immer stärker präzisiert. Unter dem Titel "Proporzwahlrecht" sollen nicht faktische Majorzwahlen durchgeführt werden dürfen.

Nationalrat versenkt CO₂-Gesetz

Nach vier Verhandlungstagen war das CO₂-Gesetz derart verwässert, dass weder die Linke noch die Rechte etwas damit anfangen konnte: Der Nationalrat hat die Vorlage am Dienstag in der Gesamtabstimmung abgelehnt. Der Entscheid fiel mit 92 zu 60 Stimmen bei 43 Enthaltungen. Zugestimmt haben nur die Mitte-Parteien CVP und FDP, die SP und die BDP enthielten sich mehrheitlich. Die Ablehnung kommt einem Nichteintreten auf das Gesetz gleich.

Das Scheitern des CO₂-Gesetzes kommt nicht ganz überraschend. Die SVP hatte sich von Beginn weg dagegen gestellt, die Ratslinke und auch die Mitteparteien zeigten sich mit dem Ergebnis der Beratungen unzufrieden.

Mit der Totalrevision des CO₂-Gesetzes will der Bundesrat die Verpflichtungen aus dem Klimaabkommen von Paris erfüllen und die Klimapolitik nach 2020 festlegen. Die Schweiz soll einen Beitrag dazu leisten, den globalen Temperaturanstieg auf unter 2 Grad zu beschränken, gemäss dem Nationalrat gar auf "deutlich unter 2 Grad".

Bis 2030 soll sie die Treibhausgasemissionen um 50 Prozent unter das Niveau von 1990 senken. Entgegen dem Antrag des Bundesrats beschloss der Nationalrat, dass die Reduktion zu grossen Teilen durch den Kauf von Emissionszertifikaten im Ausland erfolgen kann. Einen Inlandanteil lehnte er ab. Auch bei den Massnahmen verwässerte der Rat das Gesetz. So sprach er sich gegen einen einheitlichen Gebäudestandard aus. Ausserdem soll das Ziel einer Reduktion der Gebäudeemissionen um 50 Prozent gegenüber 1990 bei den Gebäuden erst 2030 erreicht werden müssen.

Der Erhöhung des maximalen Satzes der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen von heute 120 auf 210 Franken pro Tonne CO₂ stimmte der Nationalrat am letzten Beratungstag zwar zu. Beim System der Rückerstattung der Abgabe machte er aber weitere Abstriche.

→ Die Stellungnahme der SVP finden Sie auf der nächsten Seite!



Dank der SVP bleibt Benzin bezahlbar

Die SVP hat die Revision des CO₂-Gesetzes abgelehnt. Die eigentums- und wirtschaftsfeindliche Vorlage hätte zu einer massiven Erhöhung der Abgaben geführt. Mitte-Links hatte dabei den Bogen überspannt und eine Benzinpreiserhöhung von bis zu 20 Rappen und eine Heizölpreiserhöhung von über 20 Rappen pro Liter gefordert sowie ein Einbauverbot von Ölheizungen.

Dies alles konnte die SVP im Nationalrat verhindern. Mit ihrer klaren Ablehnung des CO₂-Gesetzes ist sie für den Mittelstand, für Familien, Ältere und insbesondere für die Bevölkerung in den Randregionen eingestanden. Denn die Benzin- und Heizölpreiserhöhung hätte beispielsweise für eine vierköpfige Familie zu einer jährlichen Mehrbelastung von bis zu 1400 Franken geführt. Zur Erinnerung: Die zuständige Bundesrätin hatte im Abstimmungskampf zum Energiegesetz eine Mehrbelastung von lediglich 40 Franken pro Jahr in Aussicht gestellt. Aber auch für die KMU und die Bauern hat sich die SVP mit dem Nein zum CO₂-Gesetz stark gemacht. Denn besonders im aktuellen Umfeld ist es essentiell, Wirtschaft und Gewerbe nicht noch mehr zu belasten.

Mit der von Mitte-Links geplanten Gesetzesverschärfung hätte die Schweiz die höchsten CO₂-Abgaben der Welt gehabt. Und dies obwohl unser Land beim Umweltschutz bereits vorbildlich ist und zu den Industrieländern mit den tiefsten CO₂-Emissionen pro Kopf gehört.

UNO-Migrationspakt

Dank der SVP gibt es einen demokratischen Entscheid zum Migrationspakt. Der Druck der SVP hat gewirkt: Nach dem Ständerat hat nun auch der Nationalrat klar entschieden, dass das Bundesparlament über den UNO-Migrationspakt befinden soll. Damit muss der Bundesrat beiden Räten den Antrag auf Zustimmung in Form eines Bundesbeschlusses unterbreiten. So besteht die Möglichkeit, dass sich dereinst die Bevölkerung zu diesem für die Schweiz gefährlichen Papier äussern kann.

Angesichts des breiten Widerstands gegen den Migrationspakt ist es jedoch ein Affront gegen Parlament und Bevölkerung, dass der Bundesrat den UNO-Flüchtlingspakt einfach so durchwinkt. Zumal auch dieses Soft-Law-Abkommen hoch problematisch ist. Denn der Flüchtlingspakt will den heute gültigen Flüchtlingsbegriff beispielsweise auf Klimaflüchtlinge ausdehnen und sieht ein weltweites Umsiedlungsprogramm vor. Dies führt zu einem demokratisch nicht legitimierten Paradigmenwechsel und zur Aushöhlung des Schweizer Asylsystems. Der Bundesrat begründet seine Zustimmung zum Flüchtlingspakt unter anderem damit, dieser diene dem Ziel, eine Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer zu fördern. Dies dürfte allerdings naives Wunschdenken sein: Eritrea, das für die Schweiz wichtigste Herkunftsland von Asylanten, hat die Unterzeichnung des Flüchtlingspakts abgelehnt.

Heimreiseverbot für Flüchtlingen

Statt Reisen anerkannter Flüchtlingen ohne Wenn und Aber zu verbieten, hat der Bundesrat mit einem Gummi-Paragraphen dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet. Neu sollen anerkannte Flüchtlinge ihren Status zwar verlieren, wenn sie bei Reisen in ihr Herkunftsland erwischt werden. Nichts zu befürchten hat jedoch, wer den Schweizer Behörden glaubhaft machen kann, dass die Heimatreise nicht freiwillig erfolgt ist. Mit anderen Worten, wer eine gute Story aufzischen kann, der darf trotz Flüchtlingsstatus in der alten Heimat Ferien machen.



Die SVP bekämpft diese Regelung und fordert für Flüchtlinge und Asylbewerber ein Heimatreiseverbot ohne Wenn und Aber. Ein Anliegen, das auch die FDP und Teile der CVP mittrugen. Nun haben sie jedoch der Linken in der Differenzbereinigung geholfen, den Antrag der SVP für ein konsequentes Heimatreiseverbot zu versenken. Damit haben FDP und CVP einmal mehr rechts geblinkt, um anschliessend links abzubiegen.

Agroscope

Die landwirtschaftliche Forschungsanstalt Agroscope soll weiterhin über mehr als einen Standort verfügen. Auch soll ihr Budget nicht um 20 Prozent gekürzt werden. Das fordert der Nationalrat. Er hat zwei Motionen seiner Finanzkommission oppositionslos angenommen, im Einverständnis mit dem Bundesrat. Die Vorstösse sind inzwischen überholt: Der Bundesrat ist bereits auf die ursprünglichen Pläne zurückgekommen. Ende November hat er neue Pläne bekannt gegeben, die der Stossrichtung der Motionen entsprechen. Agroscope soll künftig aus einem zentralen Forschungscampus in Posieux FR, je einem regionalen Forschungszentrum in Changins VD und Reckenholz ZH sowie aus dezentralen Versuchsstationen bestehen.

Volksinitiative für mehr bezahlbare Wohnungen

Die Initiative "Mehr bezahlbare Wohnungen" des Mieterverbands ist im Nationalrat wohl nicht mehrheitsfähig. Das hat die Debatte vom Mittwoch gezeigt. Nur SP und Grüne setzten sich dafür ein. Die grosse Kammer ist aber im Grundsatz bereit, zusätzliche Mittel für den gemeinnützigen Wohnungsbau zu bewilligen. Mit Ausnahme der SVP und eines Teils der FDP sprachen sich alle Fraktionen für einen Rahmenkredit von 250 Millionen Franken zur Aufstockung des Fonds de Roulement aus. Dieser kann Wohnbaugenossenschaften zinsgünstige Darlehen gewähren. Der Nationalrat ist vorerst nur auf diesen indirekten Gegenvorschlag eingetreten. Vor dem Entscheid muss sich die Wirtschaftskommission damit befassen. Die Abstimmungen über die Initiative und den indirekten Gegenvorschlag finden am Freitag statt.

Bundshaushalt

Der Bund budgetiert für das nächste Jahr Einnahmen von 73,556 Milliarden und Ausgaben von 72,334 Milliarden Franken. Das Parlament hat im Bundesbudget 2019 für die Bildung mehr Mittel gesprochen als vom Bundesrat beantragt und damit den Überschuss etwas gestutzt. Nicht einig wurden sich die Kammern bei der Aufstockung des Personaletats um zehn auf 118 Stellen für die Eidgenössische Finanzkontrolle. Indem der Nationalrat den Antrag der Einigungskonferenz für die Erhöhung ablehnte, setzte er sich gegenüber dem Ständerat durch. Die Finanzkontrolle erhält damit 1,97 Millionen Franken weniger als im Budget beantragt worden war.

Delegation für die Beziehungen zum Landtag des Fürstentums Lichtenstein

Die Büros der beiden Parlamentskammern der Schweiz (Nationalrat und Ständerat) haben, gestützt auf Artikel 60 des Parlamentsgesetzes und Artikel 4 der Verordnung zur Pflege der Beziehungen mit Parlamenten anderer Staaten, beschlossen, eine Delegation für die Beziehungen mit dem Liechtensteiner Landtag. Infolge des Rücktritts von Toni Brunner (SVP/SG) aus dem Nationalrat bin ich ab dem 1. Januar 2019 neues Mitglied dieser Delegation. Sie setzt sich aus folgenden Personen zusammen: <https://www.parlament.ch/de/organe/delegationen/delegationen-fuer-beziehungen-mit-parlamenten-anderer-staaten/landtag-liechtenstein>



Urheberrecht

TV-Sender sollen nicht verhindern können, dass die Zuschauerinnen und Zuschauer beim zeitversetzten Fernsehen die Werbung überspringen. Der Nationalrat hat es abgelehnt, eine Regelung zum Replay-TV im Urheberrecht zu verankern. Die Rechtskommission des Nationalrates wollte im Gesetz festlegen, dass die Kabelnetzunternehmen das Überspulen der Werbung nur dann ermöglichen dürfen, wenn der TV-Sender dem zugestimmt hat. Unbestritten war das Herzstück der Urheberrechtsrevision, die Pirateriebekämpfung. Künftig sollen Hosting Provider verhindern müssen, dass entfernte illegale Angebote wieder hochgeladen werden.

Souveränität in Wahlfragen

Das Parlament will den Kantonen doch nicht freie Hand lassen beim Wahlverfahren für Behörden und Ständeratsmitglieder. Der Nationalrat hat eine Verfassungsänderung in der Schlussabstimmung versenkt, mit 103 zu 90 Stimmen. Auf Basis von zwei Standesinitiativen hatten sich die Räte darauf geeinigt, dass die Kantone frei sein sollten in der Ausgestaltung der Verfahren zur Wahl ihrer Behörden nach dem Grundsatz des Majorzes, des Proporz oder einer Mischform. Damit wollten sie vom Bundesgericht eingeführte Einschränkungen rückgängig machen. Nun ist das Geschäft vom Tisch.

Volksinitiative für mehr bezahlbare Wohnungen

Der Nationalrat lehnt die Initiative "Mehr bezahlbare Wohnungen" des Mieterverbands ab. Er will aber mehr Geld für den gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Der Rat hat einen Rahmenkredit von 250 Millionen Franken für den Fonds de Roulement angenommen. Damit können Wohnbaugenossenschaften zinsgünstige Darlehen gewährt werden. Die Aufstockung erlaubt es, die Förderung im heutigen Umfang weiterzuführen. Es handelt sich um einen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative.

Sessionsende

Nationalrat und Ständerat haben zum Abschluss der Wintersession am Freitag 15 Vorlagen unter Dach und Fach gebracht. Darunter ist eine Änderung des Gleichstellungsgesetzes, mit der Unternehmen ab 100 Angestellten verpflichtet werden, zu kontrollieren, ob die Löhne für Männer und Frauen gleich hoch sind.

Bern, im Dezember 2018

David Zuberbühler